

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Meeschen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenbürg.

Nr. 205

Donnerstag den 3. September 1931

89. Jahrgang

## Dr. Dietrich über die Aufgaben der Zukunft

Berlin, 2. Sept. Auf der heutigen Berliner Kundgebung der Staatspartei hielt der Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede, in der er folgendes sagte:

Die Londoner Konferenz hat anerkannt, daß das Budget des Deutschen Reiches in Ordnung ist und daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die vor allen Dingen in der großen Weltwirtschaftskrise entstanden sind, durch den Abzug von Milliarden kurzfristiger Auslandsgelder verursacht wurde. Auf jede Woche ist die Gefahr, die aus dieser kurzfristigen Verschuldung drohte, abgemindert. Der Zusammenbruch des Bankensystems in Deutschland ist verhindert.

Der Vorwurf, daß man den Großen gehalten habe, für die Kleinen aber nichts tue, ist mehr als unbillig; denn es ist kein Reich niemals eingestiegen, Kapital und Reserven der Banken und Kreditoren sind zu garantieren, sondern das Reich ist lediglich eingetreten für die noch vielen Hunderttausenden jährlingen Kunden der Banken, um diese vor dem Ruin zu schützen. Diejenigen von ihnen, die ein Guthaben hatten, hätten es zum Teil verlieren, und diejenigen, die etwas schuldeten, hätten das sofort bezahlen müssen, wodurch sie im gegenwärtigen Augenblick zusammengebrochen wären. Der Zusammenbruch einiger Großbanken hätte aber alle anderen mitgerissen und auch die Sparkassen auf absehbare Zeit aton gemacht.

Die Aufgaben der Zukunft liegen 1. in der Ordnung der auswärtigen Verschuldung Deutschlands, die in eine langfristige umgewandelt werden muß; 2. in der Gestaltung der Kapital- und Geldwirtschaft im Innern und 3. in der Ordnung der Finanzen der Länder und Gemeinden.

In der Frage der auswärtigen Verschuldung sind wir durch den Bericht des Haleser Komitees insofern ein Stück weiter gekommen, als darin anerkannt ist, daß man nicht große Zahlungen von Schuldverändern verlangen kann, wenn man sich gleichzeitig gegen die Aufnahme ihrer Waren, mit denen sie allein zahlen können, abkündigt. Es ist auch anerkannt, daß diese Frage untrennbar zusammenhängt mit der Frage der Reparationen, und damit ist die Grundlage zu einer Neuordnung gelegt.

In der Kapital- und Geldpolitik wird man die Deflation nicht künstlich fördern dürfen.

Eine weitere Verstärkung der Kaufkraft des Geldes würde dazu führen, daß eine Unmenge Wirtschaftskrisen verhindert wird, weil sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbank den Defizit heruntersetzt hat und durch die Erklärung, daß sie den Wechselkurs nicht herabsetzen wird, soweit sie ihren Ansprüchen genügt, einer weiteren Verdrückung des Geldumlaufes entgegenarbeitet. Das ist um so notwendiger, als viel Geld törichterweise gehamstert wurde, obwohl wir nicht in einer Zeit leben, in der das Geld zu zerfallen droht, sondern in einer Zeit, in der die Kaufkraft des Geldes zu groß zu werden droht. Es kommt vor allen Dingen darauf an, das verfügbare Kapital und Geld den selbständigen Unternehmern kleineren, mittleren und größeren Stils zuzuwenden, damit diese, die die eigentlichen Träger unseres Wirtschaftssystems sind, aufrecht erhalten bleiben.

In der Arbeitslosenfrage führte der Redner aus, daß die Bauwirtschaft und deren Hilfen ein Hauptteil der Arbeitslosigkeit hervorgerufen habe. Man kann aber nicht den Bauern in der bisherigen Art fortführen, weil man sonst den Arbeitsmarkt völlig entwertet und außerdem die Gefahr besteht, daß das in den Neubauwohnungen investierte Kapital verloren geht.

Der Arbeiter muß aber lebensfähig gemacht werden. Bauen soll man da, wo es vom Standpunkt der Produktion aus zu verantworten ist, nämlich auf dem Lande durch Herstellung von Wohnungen aller Art, besonders in der Nähe von Großstädten und im Verkehrslande.

Der dritte Punkt, die Frage der Ordnung der Haushalte von Ländern und Gemeinden ist durch die Rotverordnungen vom 21. August in die Wege geleitet. Im übrigen ist man sich im Reich darüber im Klaren, daß man den Gemeinden zu Hilfe kommen muß, damit sie die Wohlfahrtsverpflichtungen wahrnehmen. Für eigentliche Gemeindefürsorge kann das Reich kein Geld zur Verfügung stellen.

Der Redner schloß damit, daß noch einmal eine Periode des unabhängigen und selbständigen Unternehmers kommen werde. Diese Zeit werde es zu nützen im Interesse der Gesamtbevölkerung. Wenn diese Schichten aber wieder zur Geltung kommen wollen, dann müssen sie sich zum Staate betonen und müssen den Kampf um ihre Interessen auf dem Boden dieses Staates führen und einsehen, daß sie zwar das Recht zur Kritik, und den Anspruch auf Befreiung von Steuern und Abgaben haben, daß aber das Ansehen gegen den Staat eine unentgeltliche Kraftverwendung bedeute und sinnlos ist. In der Staatsverwaltung allein wird das Bürgerturnen den Weg zu seiner Wiedereinschaltung in die Macht zu finden haben.

### Am Wehretal wird gestrichen

Berlin, 2. Sept. Die „Berl. Morgenpost“ schreibt: Ueber den Inhalt der Unterredung, die vor einiger Zeit Reichsfinanzminister Dietrich auf seiner Fahrt zur Stuttgarter Zentrumstagung in Wildbad mit dem Chef der Landesregierung, v. Hammerstein, und General Schleicher gehabt hat, sind, insbesondere im Ausland Gerüchte im Umlauf. Es werden da geradezu ungeheuerliche Behauptungen aufgestellt.

Demgegenüber können wir mitteilen, daß die Unterredung des Reichsfinanzministers mit General von Hammerstein allein dem Zweck gedient hat, auch die Veresleitung von der Notwendigkeit größter Einsparungen im Budget zu überzeugen. Den gewichtigen Argumenten des Reichsfinanzministers, der auf die ungeheueren Opfer der breitesten Volksschichten hinwies, verschlossen sich Hammerstein und Schleicher nicht. Sie gaben ihre Zustimmung zu Streichungen am Wehretal im kommenden Jahr, soweit die Finanznot es erfordert.

### Der Kongress der Freien Gewerkschaften

Frankfurt a. M., 2. Sept. Auf dem Kongress der Freien Gewerkschaften ging Professor Lederer heute auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen zu seinem Referat im Schlußwort namentlich auf die 10-Stunden-Woche ein. Heute sei, so betonte er, eine Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich zwar beabsichtigt, aber nicht durchführbar. Es sei ein Ausdruck der Volksgemeinschaft, wenn die Arbeiterkraft ein wesentliches Opfer bringe, durch das die Zahl der Arbeiter bei gleichbleibender Arbeitsmenge vermehrt werde. Er wisse nicht, warum die Regierung seit Wochen dieser Frage zwar nicht abweisend, aber mit Gleichgültigkeit gegenüberstehe. Wenn die Arbeiterkraft bereit sei, mit der 10-Stunden-Woche Opfer auf sich zu nehmen, warum führe die Reichsregierung eine solche Maßnahme nicht von heute auf morgen ein? Zum Schluß verneinte Prof. Lederer, daß die Rentabilität der Betriebe bei der neuen Arbeitszeit in Frage gestellt sei.

In einer zur 10-Stunden-Woche angenommenen Entschließung heißt es u. a.: Der Kongress betont insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der öffentlichen allgemeinen 10-Stunden-Woche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

In einer weiteren Entschließung wurden durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Auswüchse des Doppelverdieners- und Schwarzarbeitertums gefordert.

### Die Zollunion wird begraben

Genf, 2. Sept. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion wird in der voraussichtlich morgen stattfindenden Vollversammlung des Europa-Komitees ohne besondere Feierlichkeiten begraben werden. So hörte man wenigstens von den Vertre-

tern des Reiches, die sich mit Dr. Schöber an der Spitze energisch zur Wehr gesetzt haben. Dr. Curtius und der Jurist des Außenamts, Dr. Gaus, arbeiteten gefühlvolle sechs Stunden mit den Vertretern Frankreichs und Österreichs an der Festlegung der Prozedur, die in der öffentlichen Sitzung des Europa-Komitees vor sich gehen soll. Der Text der zu erwartenden Erklärungen ist natürlich noch nicht bekanntgegeben worden. Man nimmt aber übereinstimmend an, daß Schöber nach langem Sträuben ein Kompromiß annahm, in dem Österreich die Verpflichtung übernahm, künftighin im Geiste der europäischen Zusammenarbeit zu wirken.

Die Verhandlungen über die Ratifizierung gestalteten sich am so schwieriger, da Frankreich auf besonders feierliche Begrüßungserklärungen Dr. Schöbers entscheidenden Wert legt.

### „Die Stunde Frankreichs“

Paris, 2. Sept. „Die Stunde Frankreichs“ ist gekommen, um die Geschichte Europas in die Hand zu nehmen“, erklärt im Ton höchsten Selbstbewusstseins die „Liberte“. Ihr Chefredakteur Aymard gibt heute offen zu, daß die Regelung der deutsch-österreichischen Zollangelegenheit der Grundstein für die Verschiebung der französischen Ministerreise nach Berlin war. Mit bemerkenswertem Klarblick beschäftigt sich Aymard dann mit der zukünftigen Entwicklung Europas. Vor allen Dingen müssen die unmittelbaren Gefahren für Deutschland und Österreich beseitigt werden. Man muß der deutschen und österreichischen Bevölkerung zu leben geben. Tut man dies nicht, so wird Europa morgen dem Bankrott, übermorgen den Bolschewismen oder Staatsstreichen mit allen ihren Abenteuern erliegen. Dieser Entwicklung gegenüber birbt Frankreich der Herr der Stunde, dank der voranschauenden Politik eines Poincaré. Ganz Europa spürt heute den Wind des Zusammenbruchs und der Revolution und ist bereit, sich Frankreich anzuschließen, falls es rechtzeitig die Fäden in die Hand nimmt. Seit 1918, so schließt die „Liberte“, war Frankreich nicht so groß und mächtig wie in der Gegenwart.

### Samstag vormittag Schiedspruch über die Zollunion

Haag, 2. September. Der Beginn der öffentlichen Sitzung, in der die Haager Entscheidung im Rechtsstreit um die deutsch-österreichische Zollunion bekanntgegeben wird, ist heute vom Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes endgültig auf Samstag vormittag 10 Uhr festgesetzt worden.

## Keine neuen Gehaltstürzungen geplant

### Herabsetzung der Pensionen?

Berlin, 2. Sept. Reichsfinanzminister Dietrich hatte eine Besprechung mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes. Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Reichsregierung die mehrfachen Anträge auf weitere Gehaltstürzungen, entsprechend seinem Standpunkt, nicht übernommen habe.

Es seien aber durch Notverordnung die Länder ermächtigt worden, bei sich und den Gemeinden diejenigen Sparmaßnahmen zu treffen, die sie für notwendig halten. Außerdem seien von Landesseite der mehrere Vorschläge zur allgemeinen Einführung gemacht worden, von denen zwei zurzeit in seinem Ministerium durchgeprüft würden. Es handle sich um die Herabsetzung der Pensionen von 80 auf 75 Prozent und um die Verlängerung der Ausruhmungsfrist bei den Alterszulagen von zwei auf drei Jahre. Keiner der beiden noch Überlegungen wegen der Festlegung einer Höchstpension.

Von den Vertretern des Beamtenbundes wurde darauf hingewiesen, daß der Beamtenstand wohl der einzige Berufsstand in Deutschland sei, dessen Gehälter im Laufe eines Jahres dreimal gekürzt worden sind. Die Vertreter des Beamtenbundes wandten sich auch gegen die neuen Vorschläge.

Unter Zustimmung des Finanzministers wurde noch festgestellt, daß, abgesehen von der etwaigen Verlängerung der Ausruhmungsfrist, eine Änderung des Besoldungssystems nicht beabsichtigt sei.

### Und die Ländernotverordnungen

Die Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden an die Landesregierungen in einem Rundschreiben verfaßt hat, enthalten neben der Aufhebung von langfristigen Verträgen mit hochbezahlten Angestellten noch eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen für Ersparnisse bei Ländern und Gemeinden.

Für die Personalersparnisse empfiehlt der Reichsfinanzminister u. a. Kürzung der Besoldung und Herabsetzung des Sonderzulages bei den Pensionen. In erster Linie wird Angleichung an die Reichsbesoldung erbeten. Dazu gehört auch die Befreiung günstigerer Eingruppierung oder zu günstiger

Festsetzung des Befoldungsdiensalters, die Befreiung oder Kürzung von Zulagen oder Nebenbezügen, Befehlvermerke bei Beamtenstellen, Umwandlungsvermerke bei Beförderungsstellen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Revision der Urlaubsbestimmungen, Herabsetzung oder Streichung von Kostpensen, Unterhaltungen usw., Zurückhaltung bei der Ausgabe von Mitteln für Ausbildung und Fortbildung der Beamten. Um Risiken zu ersparen, sollen die Verwaltungsgebäude härter ausgenutzt werden.

Ferner schlagen die Richtlinien vor, daß Bauten unterlassen werden, wenn die Mittel für Wohlfahrtsverpflichtungen nicht voll vorhanden sind. Wenn nötig, soll überhaupt von dem Bau von Verwaltungsgebäuden und Schulen abgesehen werden. Auch hält es der Reichsfinanzminister für angezeigt, den Ausbau von Hotels, Gaststätten, Pensionen, Theatern, Kinos und ähnlichen Dingen mit hohen Verwaltungsgebühren oder sonstigen Lizenzgebühren zu belassen.

Für das Unterrichtswesen wird die Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl, die Einengung der Freizeiten, die Einschränkung der Ausgaben für Stipendien usw. empfohlen.

Wegen einer Justizreform will sich der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen. Er rät aber jetzt schon den Ländern eine Herabsetzung der Notariatsgebühren, um dadurch Ersparnisse für die öffentliche Hand und für die private Wirtschaft zu erwirken.

Wegen der Ersparnisse an den Fürsorgekosten verweist der Reichsfinanzminister auf die Richtlinien des Städtetages. Im übrigen empfiehlt er den Ländern und Gemeinden Abschlagszahlungen auf ihre kurzfristigen Kredite. Länder und Gemeinden müssen selbst Schuldentilgungspläne aufstellen, die die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren gewährleisten.

Bei der Lage des Reiches werde ich außerstande sein, heißt es zum Schluß, den Ländern und Gemeinden außer etwas in Fällen einer Umwidlungsalaktion oder eines Sonderzulages zu den Kosten der Wohlfahrtsverpflichtungen eine finanzielle Hilfe zu leisten. Ich muß aber jetzt schon darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtskosten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Lande als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Staatsausgleich Erforderliche getan worden ist.

### Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum zu 20 Pf., Rufnummern 100 Pf., Beschl. Offerte und Anzeigen 20 Pf., Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abwerfens einfüllig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftszeit für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.







